

# Zürich will weniger zahlen für den Finanzausgleich

Der Finanzausgleich müsse bis Ende Jahr neu gestaltet werden, sagt der Zürcher Finanzdirektor Ernst Stocker. Der Zusammenhalt im Land gerate sonst in Gefahr.

**Kathrin Alder**

Bis jetzt waren es vor allem die zahlenden Innerschweizer, die sich gegen den Mechanismus des Finanzausgleichs gewehrt haben. Nun erhalten sie Unterstützung von Zürich, dem gewichtigsten Zahler: «Das System des Finanzausgleichs ist ungerecht und schwer verständlich», sagt der Kantonalzürcher Finanzdirektor Ernst Stocker. «Es kann nicht sein, dass wir immer mehr bezahlen müssen, obwohl unsere Finanzkraft sinkt, und im Gegenzug diejenigen, die stärker werden, trotzdem mehr Geld erhalten.»

Auslöser für seinen Unmut sind die Ausgleichszahlungen für das Jahr 2017, welche die Eidgenössische Finanzverwaltung kürzlich publiziert hat. Der Kanton Zürich hat gegenüber 2016 an Ressourcenstärke eingebüsst, trotzdem muss er im Rahmen des Ressourcenausgleichs, eines der drei Gefässe des Finanzausgleichs, gut 13 Millionen Franken mehr bezahlen. Auf der anderen Seite sind Kantone wie Bern, Glarus und Thurgau zwar finanziell stärker geworden, erhalten aber verglichen mit dem Vorjahr dennoch mehr Geld aus dem Ausgleichstopf. Dies zeige exemplarisch auf, dass das System Fehlfunktionen enthalte, sagt Stocker.

Beim Bund erklärt man die Discrepanz damit, dass der Topf, aus dem die ressourcenschwachen Kantone ihre Zahlungen beziehen, grösser geworden ist. Es gibt also insgesamt mehr Geld zu verteilen als im Vorjahr. Ferner hänge eine Zahlung nicht nur vom eigenen Ressourcenpotenzial ab, sondern auch von jenem der anderen Kantone. Genau darin sieht Stocker ein Problem. «Derzeit enthält das System für die Geber eine Art Solidarhaftung: Wird ein Geber schwächer, müssen die anderen Zahler einspringen und die Lasten übernehmen», sagt er. Dies sei umso störender, als bei sämtlichen Kantonen das

Mindestziel einer Ressourcenausstattung von 85 Prozent des schweizerischen Durchschnitts längst erfüllt sei. So erreiche der ressourcenschwächste Kanton nächstes Jahr 87,7 Prozent - ein neuer Rekordwert. Man könnte die Dotation gar um rund 750 Millionen Franken reduzieren, und die schwächsten Kantone würden ihr Mindestziel von 85 Prozent noch immer erreichen.

Der Ärger der Geberkantone mündete in einer Arbeitsgruppe, die im Frühling acht Empfehlungen zur Optimierung des Finanzausgleichs präsentierte. Auch der Kanton Zürich ist in dieser Arbeitsgruppe vertreten, wobei Stocker insbesondere zwei Punkte am Herzen liegen. Zum einen soll die Mindestausstattung der schwächsten Kantone gesetzlich auf einen Fixwert von 86 Prozent des schweizerischen Durchschnitts festgelegt werden. Damit soll sich zum anderen das alle vier Jahre kurz vor den eidgenössischen Wahlen stattfindende politische Seilziehen im Parlament um die Grundbeiträge erübrigen. «Die Grundbeiträge müssen durch einen Automatismus festgelegt werden, der auf Fakten basiert und nicht auf politischen Stimmungen», sagt Stocker.

An der Plenarversammlung der Konferenz der Kantonsregierungen von Ende Juni erhielt die Arbeitsgruppe den Auftrag, bis im September einen Zusatzbericht zu erstellen und offene Fragen zu prüfen. Für Stocker ist klar, dass bis Ende Jahr eine Lösung auf dem Tisch liegen muss, die von einer Mehrheit der Kantone getragen wird. «Sonst geht der ganze Radau von vorne los. Und dann wird sich auch der Kanton Zürich nicht mehr zurückhalten.»